



UN-Friedenseinsätze

Fünf Trends und Fünf Chancen

Annika S. Hansen, Wibke Hansen, Tobias von Gienanth,
Monika Benkler, Tobias Pietz, Martin Waehlich

Impressum

Herausgeber: Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) gGmbH
Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Fon +49 (0)30 / 52 00 565–0
Fax +49 (0)30 / 52 00 565–90

Geschäftsführerin: Dr. Astrid Irrgang
Aufsichtsratsvorsitzende: Dr. Anna Lührmann

www.zif-berlin.org



Autor:innen: Annika S. Hansen, Wibke Hansen, Tobias von Gienanth, Monika Benkler,
Tobias Pietz, Martin Waehlich

Die Studie ist gefördert durch das Auswärtige Amt.

Layout: finedesign, Berlin

Grafiken: Infografik Pro, Berlin



1. Einleitung

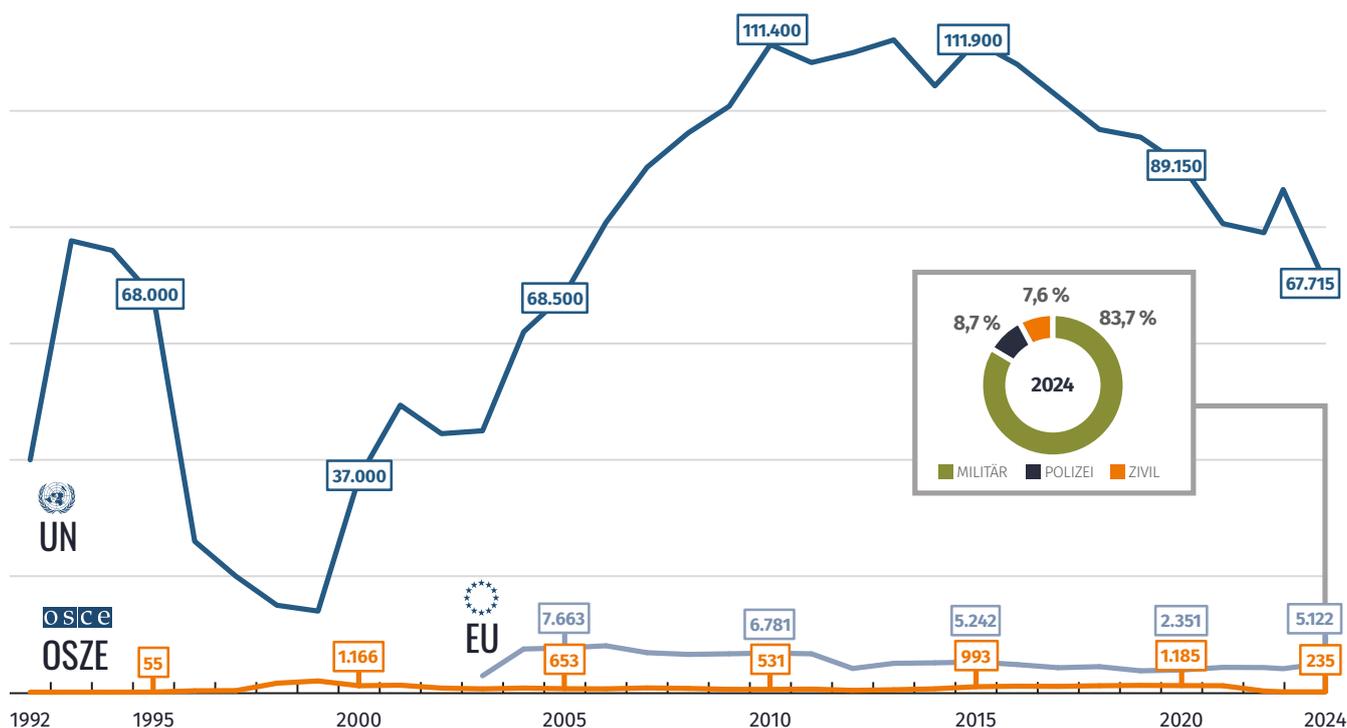
Friedenseinsätze sind der sichtbarste Ausdruck des multilateralen Krisenmanagements der Vereinten Nationen (UN).

Seit dem ersten Einsatz im Jahr 1948 wurden über 120 UN-Friedenseinsätze durchgeführt. Sie haben sich in den unterschiedlichsten Konfliktkontexten als flexibles und wirksames Instrument erwiesen und erfüllen Aufgaben, die von der Überwachung von Waffenstillständen über die Schaffung von Pufferzonen zwischen Kriegsparteien bis hin zu der Unterstützung von Friedensabkommen, Wahlen und insbesondere dem Schutz von Zivilist:innen reichen. Dank ihrer Anpassungsfähigkeit sind Friedenseinsätze trotz eines sich wandelnden Konfliktbildes relevant geblieben. Und doch sind sie im Laufe der Jahre oft unter Druck geraten – von Kriegsparteien, Gastländern und Mitgliedstaaten. Die Bereitschaft des UN-Sicherheitsrats, neue Einsätze zu mandatorieren, und die Bereitschaft der Gastländer, mit diesen Einsätzen konstruktiv zusammenzuarbeiten, fluktuierten. In den vergangenen zehn Jahren hat sich dieser Druck in noch nie dagewesener Weise verstärkt.

Während bewaffnete Konflikte und humanitäre Notlagen weltweit zunehmen, werden Friedenseinsätze zurückgefahren: Weniger neue Einsätze werden mandatiert, bestehende Missionen verkleinert oder beendet. Dieser seit zehn Jahren zu beobachtende Trend hat sich zuletzt beschleunigt. Der jüngste multidimensionale Friedenseinsatz wurde 2014

Friedenseinsätze haben sich als flexibles und effektives Instrument in einer ganzen Reihe von Konfliktkontexten erwiesen. Dennoch sind sie unter Druck – mehr als je zuvor.

Personal in Friedenseinsätzen (UN, EU und OSZE), 1992 bis heute



mandatiert: MINUSCA in der Zentralafrikanischen Republik. Und gegenwärtig scheint der Wille, neue groß angelegte Friedenseinsätze zu entsenden, begrenzt – nicht nur, weil immer mehr Staaten Maßnahmen priorisieren, die ihren unmittelbaren nationalen Interessen scheinbar näherstehen.

Anfang 2025 entsenden die Vereinten Nationen elf Peacekeeping-Einsätze und zwölf feld-basierte politische Sondermissionen.¹ Von Ende 2023 bis Ende 2024 schrumpfte die Personalstärke von UN-Friedenseinsätzen insgesamt um rund 20% von 85.000 auf 68.000 – hauptsächlich aufgrund der Beendigung von MINUSMA, der UN-Mission in Mali. Damit setzt sich ein Abwärtstrend bei den Personalzahlen fort, der im Jahr 2015 begann – damals hatten Friedenseinsätze mit 112.000 zivilen, militärischen und polizeilichen Kräften im Einsatz ihren personellen Höchststand erreicht.²

In dieser Publikation untersuchen wir sowohl Trends, die den Einsatz und die Wirksamkeit von Friedenseinsätzen beeinflussen, als auch Chancen, sie an einen neuen globalen Kontext anzupassen. Friedenseinsätze in ihren verschiedenen Konfigurationen sind ein wichtiges Instrument im multilateralen „Werkzeugkasten“ und bleiben von zentraler Bedeutung für internationale Bemühungen, Frieden zu schaffen, zu konsolidieren und zu erhalten. Zwei Initiativen geben Anlass zu Hoffnung auf Reform, Anpassung und Innovation.

Im UN-Zukunftspakt haben die UN-Mitgliedstaaten ihr Bekenntnis zu multilateralem Krisenmanagement bekräftigt.

Im Jahr 2023 veröffentlichte der UN-Generalsekretär seine *New Agenda for Peace*, in der er eine angespannte Weltlage sowie Rahmenbedingungen der multilateralen Zusammenarbeit im Bereich Frieden und Sicherheit beschreibt. Er betont die Notwendigkeit, auf alle Arten von Gewalt zu reagieren, und legt seine Empfehlungen für zukunftsfähige Strukturen, Prozesse und Instrumente dar – unter anderem schlägt er einen grundsätzlichen *Review* aller Arten von Friedenseinsätzen vor.

Im *Pact for the Future*, den die UN-Mitgliedstaaten im September 2024 verabschiedeten, griffen sie viele dieser Ideen auf und fügten weitere hinzu. Sie bündelten erstmalig ihre Anliegen in den Bereichen Entwicklung, Frieden und Sicherheit, Finanzen und Technologie in einem Dokument. Vor allem aber bekräftigten sie ihr Engagement für multilaterales Krisenmanagement, Prävention und Peacebuilding sowie für Friedenseinsätze als zentrales Instrument zur Schaffung von Frieden und Sicherheit. Mit dem Zukunftspakt haben die UN-Mitgliedstaaten in unsicheren Zeiten und vor dem Hintergrund einer sich wandelnden Weltordnung einen Moment der Einheit geschaffen.

1 Darüber hinaus entsendet das UN Department of Political and Peacebuilding Affairs neun Sonderbeauftragte, elf Expertengruppen und ähnliche Mechanismen sowie Unterstützungsbüros zur AU und zur Grenzkommission Kamerun-Nigeria. Stand: April 2024.

2 In dieser Veröffentlichung verstehen wir unter dem Begriff „Friedenseinsätze“ das gesamte hier beschriebene Spektrum: von kleineren feldbasierten politischen Missionen bis hin zu großen multidimensionalen Einsätzen.

2. FÜNF TRENDS IN UN-FRIEDENSEINSÄTZEN

Geopolitischer Stillstand schwächt den Konsens über Friedenseinsätze

Trend

1

Die Welt ist im Umbruch. Die *New Agenda for Peace* beschreibt eine Welt, die sich im Übergang zu einer neuen, multipolaren Weltordnung befindet, in der die *unity of purpose*, die die Mitgliedstaaten noch in den frühen 1990er Jahren geeint hatte, abgenommen hat. Stattdessen werfen Konkurrenz, Missachtung des Völkerrechts und Vertrauensverlust die Frage auf, ob und wie ein Konsens über künftige Friedenseinsätze und das multilaterale Krisenmanagement gefunden werden kann.

Konkurrenz, Missachtung des Völkerrechts und Vertrauensverlust werfen die Frage auf, ob und wie ein Konsens über künftige Friedenseinsätze und das multilaterale Krisenmanagement gefunden werden kann.

Die Antworten auf diese Fragen werden in einem gespaltenen Sicherheitsrat ausgehandelt, aber auch in einer zunehmend selbstbewussten Generalversammlung, die dabei ist, ihre historische Rolle wiederzuentdecken. Mit der wachsenden geopolitischen Polarisierung, insbesondere unter den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats – zwischen Russland und China einerseits und den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Frankreich andererseits – ist die Mandatierung und Aufrechterhaltung von Friedenseinsätzen schwieriger geworden. Auf der grundlegendsten Ebene fehlt es an einem Konsens darüber, welche Situationen schon aus moralischen Gründen den Sicherheitsrat befassen müssen oder eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellen und daher ein Handeln des Rates erfordern.

Während der Sicherheitsrat zwar die meisten bestehenden Missionen routinemäßig verlängert hat, war er in den letzten Jahren nicht in der Lage, sich auf bedeutende Mandatsanpassungen oder neue Einsätze zu einigen. Der Widerstand Russlands und Chinas gegen einen neuen Friedenseinsatz in Haiti im Oktober 2024 und das Veto Russlands gegen eine Resolution im November 2024, die lediglich einen Waffenstillstand und humanitären Zugang im Sudan forderte, sind Beispiele für die Schwierigkeiten bei Konsensbildung und Entscheidungsfindung. Das inkonsequente Handeln des Sicherheitsrats führt dazu, dass bestehende Missionen keinen verlässlichen politischen Rückhalt haben und so ihr Einfluss bei der Unterstützung von politischen Prozessen und Friedensprozessen untergraben wird. Dieser Mangel an Einigkeit und Rückhalt macht sich auch auf der operativen Ebene bemerkbar, wenn es etwa um normative Elemente von Einsatzmandaten geht, insbesondere um Aufträge, über Menschenrechtsverletzungen zu berichten oder die Agenda Frauen, Frieden, Sicherheit zu fördern.

Das inkonsequente Handeln des Sicherheitsrats führt dazu, dass bestehende Missionen keinen verlässlichen politischen Rückhalt haben.

Viele UN-Mitgliedstaaten sind frustriert über den von nationalen Interessen geleiteten Sicherheitsrat und den begrenzten repräsentativen Charakter der Entscheidungsgremien. Dies zeigt sich in der zunehmenden Bedeutung der Generalversammlung als Diskussionsforum für alle Mitgliedstaaten und als Entscheidungsgremium für Friedens- und Sicherheitsfragen. Seit ihrem Beschluss zur Entsendung der *UN-Emergency Force* (UNEF) als Reaktion auf die Suez-Krise im Jahr 1956, hat die Generalversammlung stets eine wichtige Rolle gespielt. Zu Zeiten eines voll funktionsfähigen Sicherheitsrats war diese Rolle reduziert, wird aber nun wieder deutlicher eingefordert.

Die verstärkte Einmischung Dritter verändert das multilaterale Konfliktmanagement. Friedenseinsätze müssen lernen, mit neuen Dynamiken umzugehen. In einigen Konflikten haben Regional- und Mittelmächte zwar auch ihr friedensstiftendes Potenzial unter Beweis gestellt, häufiger führt ihre Einmischung jedoch zu länger andauernden und schwerer lösbaren Konflikten. Das ist insbesondere der Fall, wenn Mitgliedstaaten ihre Partnerschaften mit und ihr bilaterales Engagement in Krisenregionen nicht mit Resolutionen des UN-Sicherheitsrats in Einklang bringen. Durch politische, finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung einzelner Konfliktparteien üben sie erheblichen Einfluss auf diese aus. Für die Regierungen der Gastländer haben diese neuen – stark transaktionalen – Allianzen Möglichkeiten der externen Unterstützung eröffnet, die mit weniger Bedingungen verbunden sind und ohne multilaterale Einsätze auskommen, deren Präsenz von Machthabern im Einsatzland oft als übergriffig empfunden wird. Infolgedessen hat sich das Verhältnis zwischen Gastregierungen und Friedenseinsatz vielerorts verschlechtert. Ausdruck fand dies auch in den Forderungen einiger Gastregierungen, den Friedenseinsatz in ihrem Land zu beenden.

Gleichzeitig kommt die im *Pact for the Future* geforderte Stärkung von Prävention und Peacebuilding Gastregierungen zugute. Das bietet wiederum der UN die Möglichkeit, diplomatischen Spielraum zurückzugewinnen und das vielseitige Instrument der Friedenseinsätze effektiver einzusetzen.

Trend

2

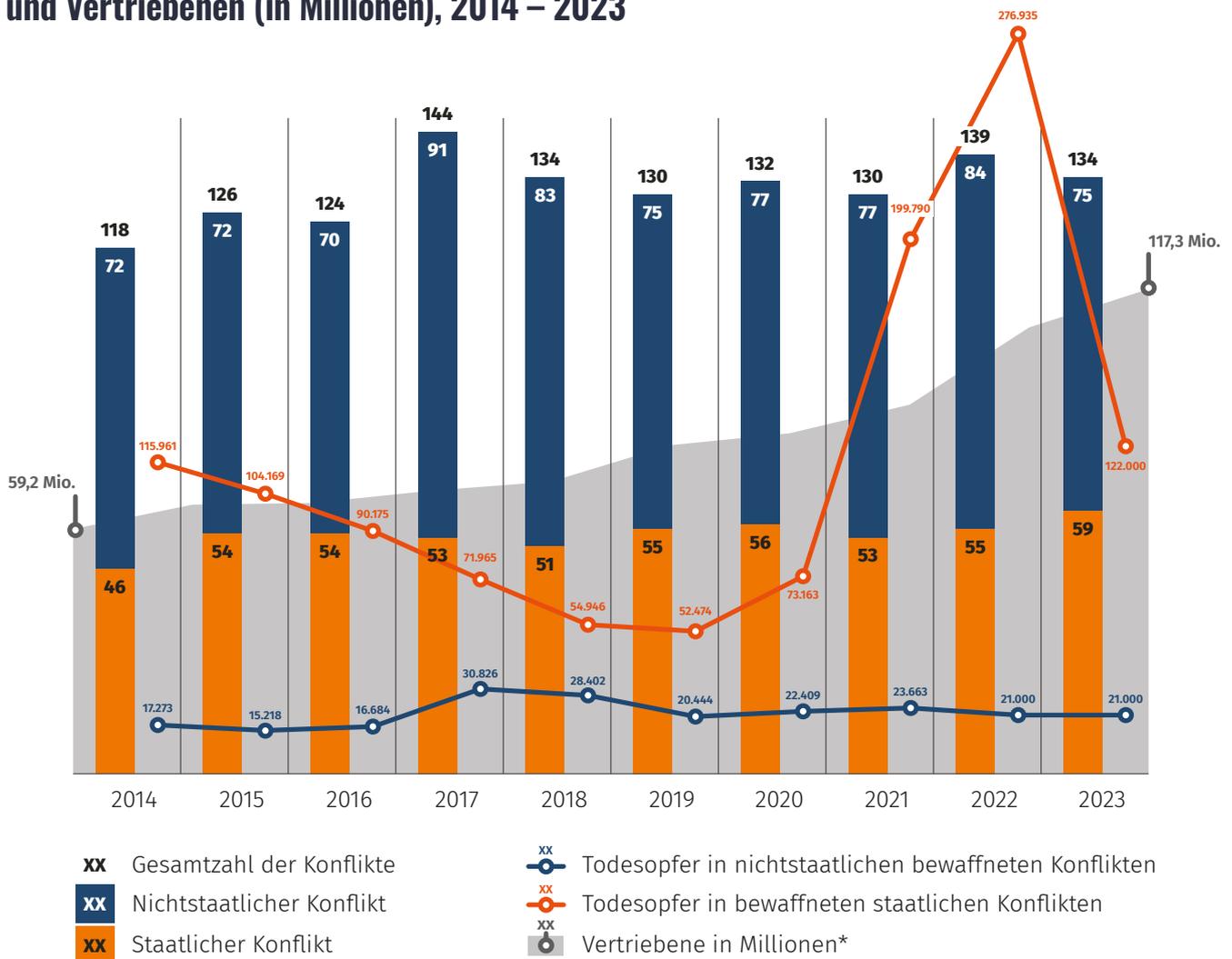
Eine fragmentierte und internationalisierte Konfliktlandschaft stellt Friedenseinsätze vor Herausforderungen

Quantitative und qualitative Entwicklungen im globalen Konfliktgeschehen bringen neue Herausforderungen für Friedenseinsätze – und das multilaterale Konfliktmanagement insgesamt – mit sich. In der Zeit nach dem Kalten Krieg wurden Friedenseinsätze fast ausschließlich im Kontext innerstaatlicher Konflikte eingesetzt. Nach einem anfänglichen Anstieg in den frühen 1990er Jahren ging die Zahl der Bürgerkriege bis vor etwa einem Jahrzehnt in der Tat zurück. Seitdem hat sich dieser Trend jedoch umgekehrt. Konfliktdaten des Friedensforschungsinstituts Oslo (PRIO) zeigen, dass die Zahl der staatlichen Konflikte – also der Konflikte, bei denen mindestens eine Konfliktpartei ein Staat ist –, in den letzten zehn Jahren um 28 % gestiegen ist: 2023 gab es in 34 Ländern 59 staatliche Konflikte. Und während die meisten dieser Konflikte innerhalb von Staaten stattfanden, hat der Einmarsch Russlands in die Ukraine gezeigt, welche erheblichen Auswirkungen die Rückkehr zwischenstaatlicher Kriege global auf Frieden und Sicherheit haben kann. Was die Zahl der Todesopfer in Konflikten mit staatlicher Beteiligung anbelangt, war 2023 nach 2021 und 2022 das gewaltsamste Jahr seit 1989. Angesichts der eskalierenden Konflikte im Nahen Osten, in der Ukraine und in Sudan wird diese Zahl 2024 wahrscheinlich noch gestiegen sein.

In 2025 werden laut UN 305 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen.

Wo globale Normen erodieren, sind Zivilist:innen zunehmend verwundbar: Im Jahr 2023 wurden mehr als 117 Millionen Menschen durch gewaltsame Konflikte vertrieben. Allein bis Mitte 2024 war diese Zahl auf über 122 Millionen angestiegen. Schätzungsweise 299 Millionen Menschen waren 2023 auf humanitäre Hilfe angewiesen – eine erschütternde Zahl im Vergleich zu den 81 Millionen, die 2014 von humanitären Hilfsplänen erfasst worden waren. Die jüngsten Prognosen für 2025 gehen davon aus, dass in diesem Jahr über 305 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen werden. Berichte aus verschiedenen Konfliktgebieten deuten zudem darauf hin, dass konfliktbedingte sexuelle Gewalt (*Conflict-Related Sexual Violence / CRSV*) stark zugenommen hat. Verlässliche

Zahl der Konflikte, Todesopfer in bewaffneten Konflikten und Vertriebenen (in Millionen), 2014 – 2023



* Menschen, die Ende 2023 aufgrund von Verfolgung, Konflikten, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen oder Ereignissen, die die öffentliche Ordnung ernsthaft stören, vertrieben wurden.

Quelle: [UNHCR Refugee Data Finder](#) – Key Indicators; UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset und UCDP Battle-Related Deaths Dataset (Pettersson, Davies, Engström, und Öberg, 2024) | © ZIF 2024

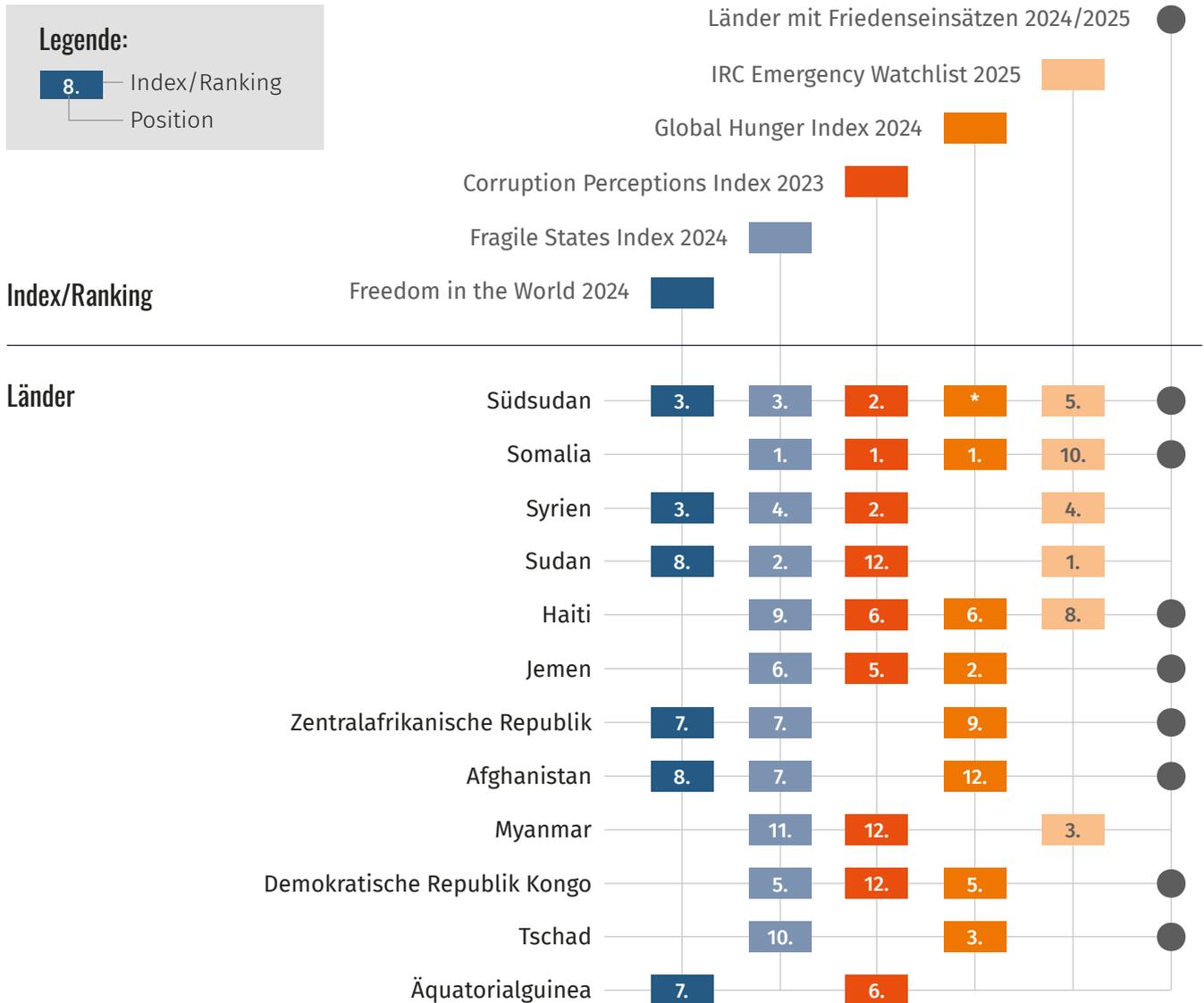
Zahlen sind schwer zu bekommen und werden durch die massive Unterberichterstattung verzerrt, aber es gibt immer mehr Hinweise darauf, dass CRSV vielfach als Kriegswaffe eingesetzt wird: Im Vergleich zum Vorjahr war die Zahl der von den Vereinten Nationen verifizierten Fälle von CRSV im Jahr 2023 um 50% gestiegen.

Wenn durch Krieg und bewaffneten Konflikt Lebensgrundlagen und zivile Infrastruktur zerstört und Fortschritte bei der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zunichte gemacht werden, hat dies langfristige Folgen für künftige Generationen.

Berichte aus verschiedenen Konfliktgebieten deuten auf einen starken Anstieg konfliktbezogener sexueller Gewalt.

Eine zersplitterte Akteurslandschaft macht die Konflikte von heute schwer lösbar. PRIO beobachtete eine steigende Zahl von Ländern, in denen es zeitgleich mehrere bewaffnete Konflikte mit staatlicher Beteiligung gibt. Das Geflecht aus Interessen, Bedürfnissen und Ängsten von Regierungen, aus Bevölkerungen, aufständischen Gruppen, kriminellen Banden und privaten Sicherheitsdienstleistern macht es äußerst schwierig, Ansatzpunkte für eine Konfliktlösung zu finden.

Risikofaktoren in Ländern mit internationalen Friedenseinsätzen



* Für Südsudan konnte kein individuelles Ergebnis berechnet werden. Anhand von Daten aus den Vorjahren kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Südsudan im Global Hunger Index 2024 unter den Top 10 Ländern rangiert.

© ZIF 2024

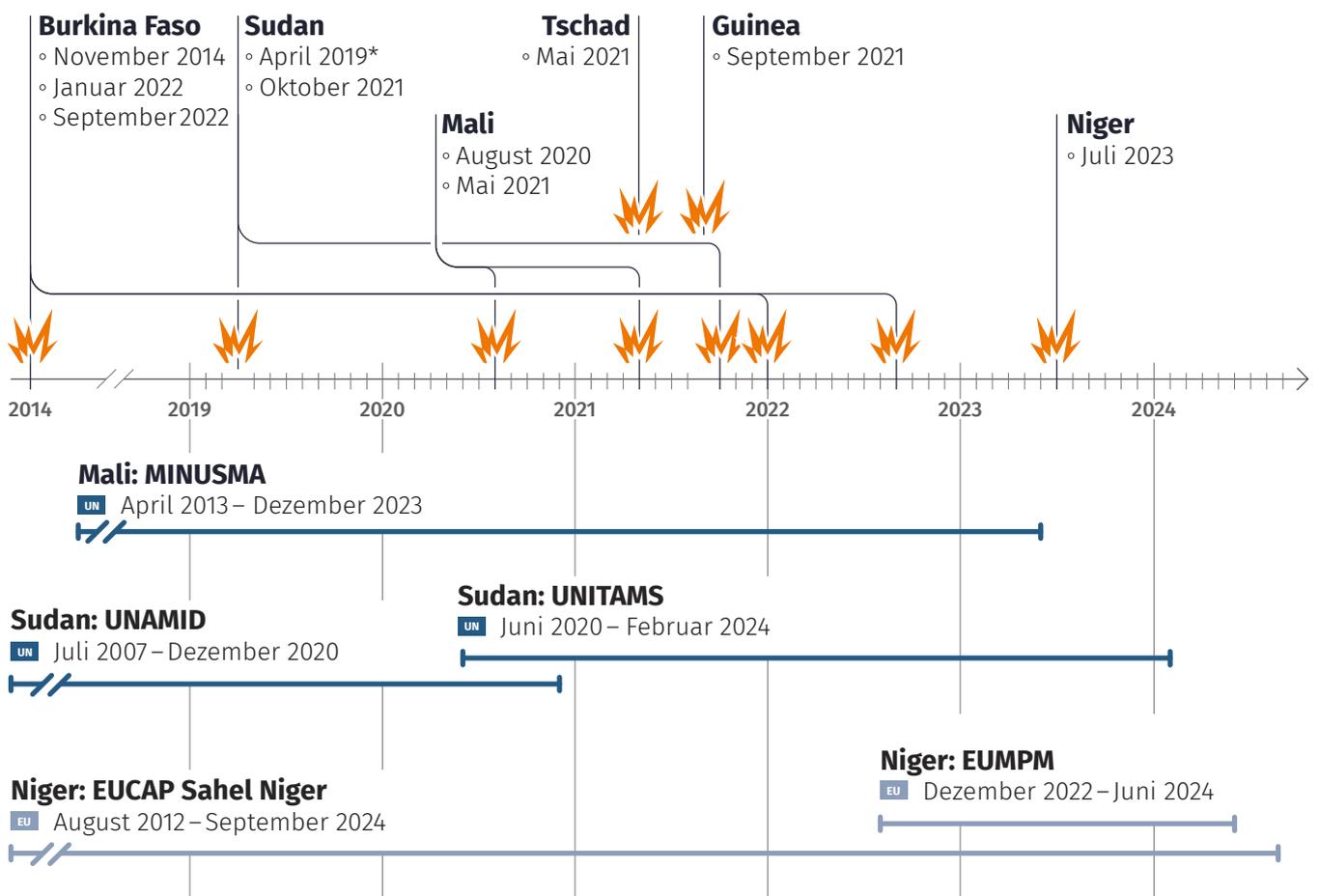
Globale Terrornetzwerke und ihre lokalen Ableger sowie transnationale kriminelle Gruppen nutzen Krisenländer als Standort oder Transitraum. Der Islamische Staat ist seit 2015 laut PRIO eine der Haupttriebkraft für staatliche Konflikte. Diese Entwicklung war zuletzt rückläufig – 2023 war der Islamische Staat nur noch in 12 Konflikten beteiligt, die niedrigste Zahl seit 2015. Stattdessen kamen jedoch andere militalante dschihadistische Gruppen, insbesondere in Westafrika, als Treiber von Gewaltkonflikten hinzu.

Es wird damit immer schwieriger, politische Strategien für eine nachhaltige Konfliktlösung zu finden und zu verfolgen. Insgesamt gibt es heute weniger der umfassenden Friedensabkommen, die Blauhelmeinsätze in den 1990er Jahren erfolgreich

unterstützt haben. In vielen Einsatzkontexten haben zudem zahlreiche Staatsstreich nicht nur Fortschritte in Richtung Frieden und Sicherheit zunichte gemacht, sondern auch die Einsätze an ihre Grenzen gebracht beim Bemühen, nationale Friedens- und Transitionsprozesse zu unterstützen und ihre Mandate zu erfüllen. Einzelne Akteursgruppen gießen Öl ins Feuer, indem sie durch Desinformationskampagnen gesellschaftliche Spannungen ausnutzen und verstärken, während langfristige, strukturelle Faktoren – wie der Klimawandel – zunehmend Einfluss auf Konflikttreiber und -dynamik nehmen.

Heutige Konflikte sind häufig internationalisiert, d. h. ein oder mehrere Drittstaaten, darunter auch Großmächte, mischen sich ein, indem sie militärische, finanzielle und logistische Unterstützung liefern oder sogar Truppen entsenden. Verflechtungen lokaler Konflikte mit globalen und regionalen Dynamiken sind die Folge. Beispiele gibt es viele, von der Sahelzone über den Sudan bis nach Syrien und von Libyen bis zum Libanon. Dritte haben Eigeninteressen und schüren mitunter Konflikte, können aber auch Einfluss auf die Konfliktparteien ausüben – und müssen gerade deshalb Teil jeder Konfliktlösung sein. Ebenso hat die Präsenz privater Militär- und Sicher-

Staatsstrieche in Afrika 2014 – 2024



* 2019 wurde Machthaber Omar al Bashir durch das Militär aufgrund des Drucks ziviler Proteste gestürzt. In Folge gab es eine zivil-militärische Übergangsregierung, die von der internationalen Gemeinschaft weitgehend unterstützt wurde. 2021 übernahm das Militär wiederum in einem Putsch die Macht.

Ausweitung des Konflikts in den digitalen Raum

Internetnutzer 2023

2023

Internetnutzer weltweit



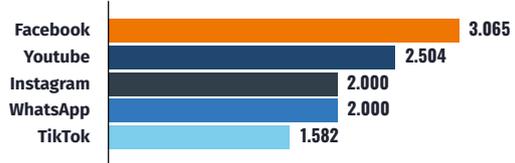
Internetnutzer in am wenigsten entwickelten Ländern



Quelle: ITU Facts and Figures 2023 | © ZIF 2024

Die beliebtesten sozialen Netzwerke weltweit im April 2024, nach Anzahl der monatlich aktiven Nutzer (in Millionen)

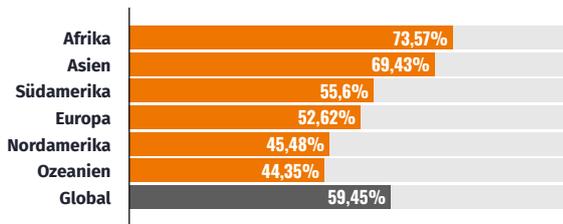
2024



© Statista 2024, adaptiert von ZIF

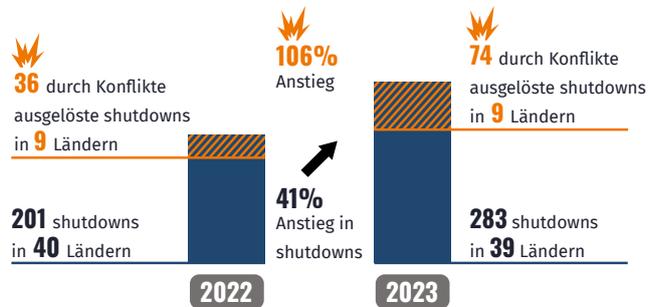
Mobiler Internetverkehr als Prozentsatz des gesamten Internetverkehrs im Januar 2024, nach Region

2024



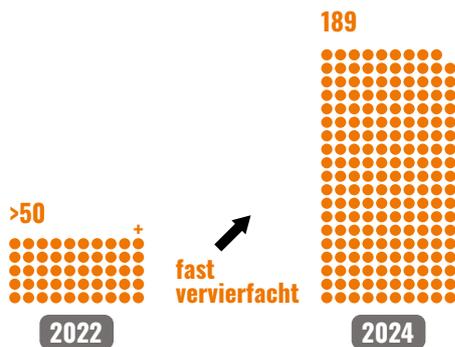
© Statista 2024, adaptiert von ZIF

Konflikte werden zunehmend zum Auslöser für Internet shutdowns



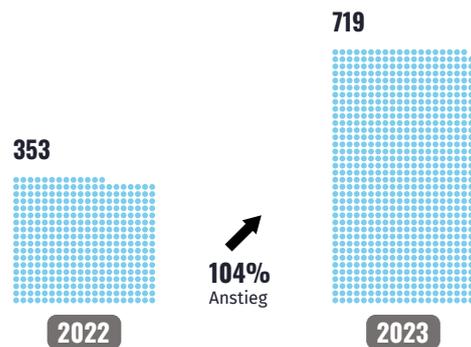
Quelle: Access Now / #KeepItOn, Shrinking Democracy, Growing Violence, Internet shutdowns in 2023, May 2024 | © ZIF 2024

Desinformationskampagnen in Afrika



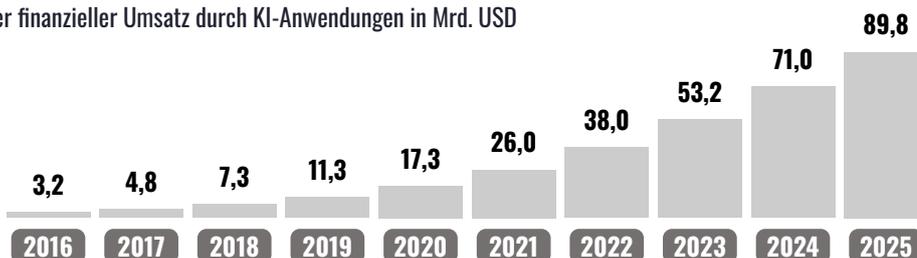
Quelle: Africa Center for Strategic Studies 2024 | © ZIF 2024

Anzahl der Cybervorfälle mit politischer Dimension (weltweit)



Quelle: Cyber Incident Dashboard, European Repository of Cyber Incidents | © ZIF 2024

Weltweit erwarteter finanzieller Umsatz durch KI-Anwendungen in Mrd. USD



© Statista 2024 | adaptiert von ZIF

heitsfirmen die Arbeit von Friedenseinsätzen stark beeinträchtigt – umso mehr, wenn sie im Auftrag von Drittstaaten und für deren nationale Interessen agieren.

Die Konvergenz dieser unterschiedlichen Konflikttrends stellt hohe Anforderungen an Friedenseinsätze. Sie bewegen sich in Konfliktsituationen, die durch ein steigendes Maß an Gewalt und Vertreibung sowie komplexe Netzwerke von Akteuren in einem vielschichtigen Informationsumfeld gekennzeichnet sind – bei gleichzeitiger Schwächung von globalen Normen und *Global Governance*.

Desinformation bedroht Frieden und Friedenseinsätze

Vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen und rasanten technologischen Fortschritts entwickeln sich hybride Bedrohungen wie Desinformation zu einer zentralen Herausforderung für Friedenseinsätze. In Afrika, der Region mit den umfangreichsten UN-Einsätzen, hat sich die Zahl der Desinformationskampagnen von 50 (2022) auf 189 (2024) fast vervierfacht.³ UN-Generalsekretär António Guterres sprach Ende Juni (2024) von einem „Tsunami von Unwahrheiten und absurden Verschwörungstheorien“, mit denen Friedenseinsätze umgehen müssten.

Die Konsequenzen sind fatal: Feindliche Narrative, bewusst lancierte Falschinformationen oder ganze Kampagnen externer und interner Akteure delegitimieren Friedenseinsätze, entziehen ihnen das Vertrauen der Bevölkerung, heizen bestehende Spannungen an und behindern somit die Mandatsumsetzung. Ein Beispiel ist die UN-Mission MONUSCO in der Demokratischen Republik Kongo, die jahrelang Zielscheibe von Desinformation war (u.a. Verkauf von Waffen an Rebellen, Beteiligung an der Ausbeutung natürlicher Ressourcen) und infolgedessen mit einem zunehmendem Legitimitätsverlust zu kämpfen hatte. Bedroht ist in einem extern oder intern beeinflussten, feindlichen Informationsumfeld zudem die Sicherheit von Einsatzkräften – in einer internen Umfrage der Vereinten Nationen (2024) äußerten sich 42% der UN-Peacekeeper in den vier größten UN-Einsätzen (MINUSCA, MONUSCO, UNIFIL und UNMISS) besorgt über ihre Sicherheit und ihren Schutz.

Desinformation als Waffe im Konflikt, Bedrohung für den Frieden und Herausforderung für Friedenseinsätze: Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung fortsetzen und verschärfen wird. Zu den Ursachen gehört unter anderem der Einsatz von (generativer) Künstlicher Intelligenz (KI) bei der Produktion und Distribution gefälschter Inhalte, was deren Qualität, Ausmaß und Zielgenauigkeit weiter erhöhen sowie die Herstellungskosten senken wird. Der niedrigschwellige Zugang zu KI-basierten Tools erweitert somit das hybride Instrumentarium staatlicher und insbesondere auch nichtstaatlicher Akteure deutlich. Dazu kommen söldnerartige Gruppierungen wie die russische Wagner-Gruppe und ihre Auffangorganisation Afrika-Korps, die in verschiedenen Einsatzländern von UN-Blauhelmen agiert und ein wichtiges Instrument des Kreml in der Verbreitung von Desinformation ist. Angesichts der leicht zugänglichen Technologien in Verbindung mit globaler Hyperkonnektivität ist außerdem eine Diversifizierung der Akteure zu beobachten, die als Proxies zur Verfügung stehen („*Deepfake as a Service*“).

Die Antwort von UN-Friedenseinsätzen auf dieses und damit verbundene Phänomene (Misinformation und *Hate Speech*) im Cyber- und Informationsraum soll künftig grundsätzlich einem einheitlichen Ansatz folgen.⁴ Neben den wichtigen Aufgaben, die eigene Resilienz zu stärken, wozu vor allem auch eine effiziente Cyberabwehr gehört, und in einem komplexen Einsatzumfeld unter anderem mit

Trend

3

In Afrika hat sich die Zahl der Desinformationskampagnen in den vergangenen beiden Jahren fast vervierfacht.

Technologien der KI werden Qualität, Ausmaß und Zielgenauigkeit von Desinformation weiter erhöhen.

³ 60 Prozent davon gehen von externen staatlichen Akteuren aus – mit Russland an der Spitze (rd. 40 Prozent).

⁴ UN DPO *Policy on Information Integrity in Peacekeeping Settings* (16 Dezember 2024).

strategischer Kommunikation proaktiv und präventiv die Integrität von Information zu stärken, stellt sich die Frage, wie Friedenseinsätze mit dem schnellen digitalen Wandel Schritt halten und diesen zielgerichtet für die Mandatsumsetzung nutzen können. Die UN *Strategy for the Digital Transformation of UN Peacekeeping* lieferte 2021 bereits wichtige Antworten. Der von den UN im September 2024 im Rahmen des *Pact for the Future* verabschiedete *Global Digital Compact* spannt nun einen weiteren Rahmen. Er zielt darauf ab, die Risiken digitaler Technologien effektiv zu managen (u. a. internationale *Governance* von KI) und ihre Vorteile optimal auszuschöpfen.

Trend

4

Ressourcenknappheit untergräbt Friedenseinsätze

Multilaterale Friedenseinsätze stehen doppelt unter Druck: Zum einen begrenzen der wirtschaftliche Abschwung und globale Finanzzwänge die internationalen Ressourcen, die für Friedenseinsätze zur Verfügung stehen. Zum anderen haben die Verschärfung von Konflikten und das Wiederaufflammen zwischenstaatlicher Kriege dazu geführt, dass UN-Mitgliedstaaten ihre Militärausgaben stark erhöht haben. Im April 2024 meldete das *Stockholm International Peace Research Institute* (SIPRI) einen neuen Höchststand bei den weltweiten Militärausgaben seit Beginn seiner Aufzeichnungen 1988. Gegenüber dem Vorjahr sind diese laut SIPRI 2023 um 6,8% gestiegen.

Bereits nach der Finanzkrise 2008 haben UN-Mitgliedstaaten, ihren Blick verstärkt auf die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von Friedenseinsätzen gerichtet. Seitdem schwanken die für Friedenseinsätze bereitgestellten Mittel erheblich, was ihre Mandatierung und Aufrechterhaltung zunehmend unvorhersehbar machte. Der finanzielle Druck – und die vermeintlich mangelnde Wirkung multidimensionaler Friedenseinsätze – hat die Bereitschaft zur Mandatierung neuer großer Operationen verringert und eine spürbare Präferenz für kleinere und kostengünstigere politische Missionen bewirkt. Diese Entwicklung ist gegenläufig zu der Zunahme und Komplexität von Krisen und dem damit verbundenen stetig wachsenden Bedarf an Schutz von Zivilpersonen, Peacebuilding und humanitärer Hilfe.

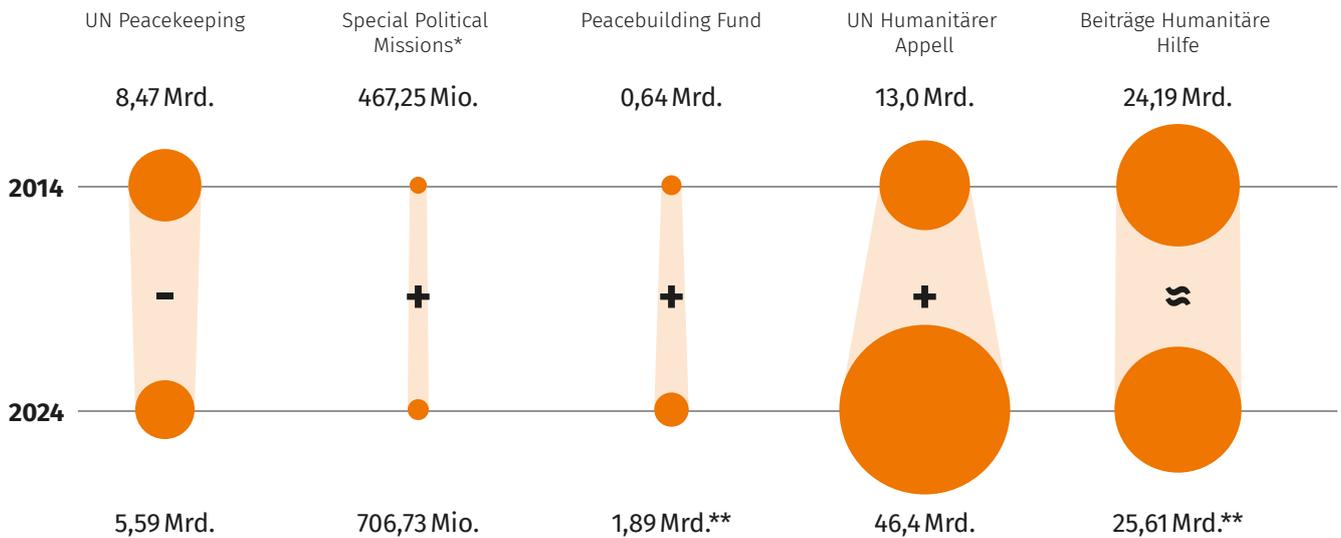
Finanzieller Druck hat die Bereitschaft zur Mandatierung neuer, großer Friedenseinsätze verringert.

Bislang haben die Vereinten Nationen eher mit wiederkehrenden Liquiditätsproblemen als mit regelrechten Finanzkrisen zu kämpfen. Die Prioritäten der Geber sind unbeständiger geworden, Gelder werden aus politischen Gründen zurückgehalten. Plötzliche Haushaltskürzungen oder Verzögerungen bei der Finanzierung können laufende Friedenseinsätze erheblich stören und wichtige begleitende Programme gefährden. In den vergangenen zehn Jahren ist eine Reihe von Mitgliedstaaten ihren finanziellen Verpflichtungen nicht rechtzeitig oder nicht in vollem Umfang nachgekommen, was den Druck auf den Haushalt und die operativen Kapazitäten der Vereinten Nationen weiter erhöht hat. Die Mitgliedstaaten mit den höchsten Zahlungsrückständen haben die desolate Finanzlage der Vereinten Nationen dabei noch verschärft: Am Ende des dritten Quartals 2024 standen rund 1,5 Mrd. USD an Zahlungen in den beschlossenen regulären Haushalt der UN aus, die höchste Unterschreitung seit vier Jahren.

Um wichtige Programme aufrechtzuerhalten, haben die Vereinten Nationen häufig auf Notkredite aus Reserven und Sonderkonten zurückgegriffen. Diese Abhängigkeit von Überbrückungsmaßnahmen untergräbt jedoch die Fähigkeit der Organisation, langfristig zu planen. Kurzfristige Ansätze verringern das Potenzial von Friedensinitiativen, eine dauerhafte Wirkung zu erzielen und Konfliktlagen nachhaltig zu stabilisieren.

Parallel dazu haben sich wichtige Veränderungen in der Finanzierung von Maßnahmen im Bereich Frieden und Sicherheit vollzogen: Zum einen sind Geber auf freiwillige, außerbudgetäre Beiträge umgeschwenkt, die für bestimmte Zwecke vor-

Vergleich der Budgetentwicklung in USD



* Vorgeschlagenes Programmbudget für das kommende Haushaltsjahr; Daten enthalten: Themenbereich I: Sonderbeauftragte und persönliche Gesandte, Berater und Vertreter des Generalsekretärs; Themenbereich III: Regionalbüros, Büros zur Unterstützung politischer Prozesse und andere Missionen; sowie UNAMA und UNAMI.

** Stand November 2024

Quelle: *UN Peacekeeping* 2014 und 2024; *Special Political Missions* 2014 [ZIF] und 2024; *Peacebuilding Fund* 2014 und 2024; *Humanitarian Appeal* 2014 und 2024; *Humanitarian aid contribution* 2014 und 2024 | © ZIF 2024

gesehen sind. Während dies die Finanzierung gezielter Projekte ermöglicht, fördert es Abhängigkeiten, setzt die UN einer möglichen politischen Einflussnahme aus und schwächt den multilateralen Ansatz. Gleichzeitig ist global der für Peacebuilding und Konfliktprävention vorgesehene Anteil an öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) auf einem Rekordtief, was die Arbeit von Friedenseinsätzen in integrierten Kontexten zu untergraben droht.⁵

Die Verabschiedung von Resolution 78/257 der Generalversammlung im Dezember 2023 stellte eine bedeutende Entwicklung bei der Finanzierung von friedensfördernden Maßnahmen und Bewältigung langjähriger Ressourcenprobleme dar. Mit der *Resolution* wurde ein spezielles mehrjähriges Sonderkonto, der *Peacebuilding Account*, als Finanzierungsmechanismus für den *Peacebuilding Fund* eingerichtet. Darüber hinaus wurde ab dem 1. Januar 2025 eine jährliche Zuwendung in Höhe von 50 Mio. USD aus Pflichtbeiträgen bewilligt. Diese Initiative spiegelt Bemühungen wider, eine vorhersehbare und nachhaltige Finanzierung des Peacebuilding zu gewährleisten und die Fähigkeit der Vereinten Nationen zu stärken, Konfliktursachen zu bekämpfen und langfristige Stabilität in fragilen Kontexten zu unterstützen.

Doch die größeren finanziellen Herausforderungen bleiben ungelöst. Die zunehmende Nachfrage nach flexibleren und gezielteren Friedenseinsätzen unterstreicht den dringenden Bedarf an berechenbaren und kooperativen Finanzierungsmechanismen.

Das Versäumnis von Mitgliedstaaten, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, hat die Belastung des UN-Haushalts verschärft.

⁵ Siehe *OECD Report on the implementation, dissemination and continued relevance of the DAC Recommendation on the Humanitarian-Development-Peace Nexus* (DCD/DAC/INCAF(2023)1/FINAL, 11 März 2024); siehe auch *New Challenges Require New Types of Partnerships: Peacebuilding is Meeting Finance*, Interpeace, Oktober 2024.

Regionale Organisationen übernehmen mehr Verantwortung

Mehrere Faktoren haben zu einem erneuten Interesse an regionalen Organisationen als *first responder* bei Krisen in ihren Zuständigkeitsbereichen geführt. Der offensichtlichste Faktor ist die geopolitische Rivalität im UN-Sicherheitsrat, die ein wirksames Agieren der Vereinten Nationen in Regionen erschwert, in denen dessen Mitglieder starke und konkurrierende Interessen haben, wie etwa im Nahen Osten oder in der Sahelzone. Hinzu kommt, dass UN-Einsätze immer wieder auch durch die fehlende Zustimmung der Gastregierung oder durch den Widerstand lokaler Akteure behindert wurden. Regionale Operationen werden als eine Alternative gesehen, die potenziell sowohl über mehr Legitimität als auch Flexibilität verfügt.

Einige Organisationen, wie die Europäische Union mit ihren Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, haben sich dafür entschieden, auf eine Mandatierung durch einen blockierten UN-Sicherheitsrat zu verzichten und stattdessen auf die Einladungen der Gastregierung zu setzen. Auf diese Weise konnte die EU neue Missionen in die Ukraine, Republik Moldau und nach Armenien entsenden. Gleichzeitig könnte diese Art der Umgehung, wenn sie in größerem Umfang angewandt würde, die Rolle der UN für Frieden und Sicherheit untergraben.

Doch nirgendwo ist das Interesse an der Stärkung regionaler Organisationen so groß wie in Afrika. Auf dem Kontinent hat sich nicht nur die Zahl staatlicher Konflikte in den letzten zehn Jahren verdoppelt, er ist auch weltweit führend, was Zahl und Umfang der eingesetzten Friedenseinsätze angeht. Sowohl in der *New Agenda for Peace* als auch im *Pact for the Future* werden die Afrikanische Union (AU) und die afrikanischen subregionalen Organisationen ausdrücklich als wichtige Partner genannt, die eine kritische

Fähigkeitslücke füllen könnten.⁶

Regionale Operationen werden als eine Alternative gesehen, die über mehr Legitimität und Flexibilität verfügt.

Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass UN-Friedenseinsätze nicht geeignet sind, Frieden zu erzwingen oder Terrorismus zu bekämpfen. Für viele afrikanische Staaten ist dies jedoch genau die Art von Unterstützung, die sie sich wünschen. Daher fordert die *New Agenda* „a new generation of peace enforcement missions ... led by African partners with a Security Council mandate ... with guaranteed funding through assessed contributions“.

Mit der im Dezember 2023 verabschiedeten Resolution 2719 des UN-Sicherheitsrats erhielt die AU endlich Zugang zu dieser Finanzierungsquelle, um bis zu 75% der Kosten künftiger *Peace Support Operations* (PSOs), die ein UN-Mandat erhalten haben, zu decken. Diese Resolution ist ohne Frage ein Meilenstein für die Partnerschaft zwischen den Vereinten Nationen und der AU. Sie ist aber nicht der Königsweg, mit dem sich alle Herausforderungen für Friedenseinsätze auf dem afrikanischen Kontinent überwinden lassen – auch wenn einige Vertreter der AU und ihrer Mitgliedstaaten sie als solchen begrüßt haben.

Ein akutes Problem ist die ungelöste Frage der „Subsidiarität“, also die Abgrenzung der jeweiligen Zuständigkeiten der AU und der zahlreichen subregionalen Organisationen, die sich mit dem Krisenmanagement auf dem Kontinent befassen. Erschwerend kommt hinzu, dass einige afrikanische Länder mehrfache und sich überschneidende Mitgliedschaften haben und diese zu „Forum-Shopping“ nutzen. So lud die Demokratische Republik Kongo, die mit der Arbeit der UN-Mission MONUSCO unzufrieden war, eine Durchsetzungsmission der *East African Community* (EAC) ein, um von Ruanda unterstützte Rebellen im Osten des Landes zu bekämpfen. Als auch diese Mission keine Erfolge erzielte, wurde sie durch eine ähnliche Operation der *Southern African Development Community* (SADC) ersetzt (siehe Karte).

⁶ Siehe Action 10 in der *New Agenda for Peace* und Action 21 im *Pact for the Future*.

Regionalisierung von Friedenseinsätzen: Karte aller AU- und subregionalen Missionen 2014 – 2024

Mali und die Sahelzone

- JF-G5S
Joint Force of the G5 Sahel,
07/2017 – 2024

Mali

- MISAHEL
AU Mission for Mali
and the Sahel,
seit 08/2013

Gambia

- ECOMIG
Economic
Community of
West African
States Mission
in The Gambia,
seit 01/2017

Guinea-Bissau

- MASGB
ECOWAS Stabilisation
Support Mission,
seit 06/2022
- ECOMIB
ECOWAS Mission in Guinea-Bissau,
05/2012 – 11/20209

Ghana

- MNJTF-AI
Multinational Joint Force –
Accra Initiative, seit 06/2022

Tschadsee-Becken

- MNJTF
Multinational Joint Task Force,
seit 03/2015

Zentralafrikanische Republik

- MOUACA
African Union Military Observer Mission
in the Central African Republic, 07/2020 – 2023
- MISAC
AU Mission for the Central African Republic
and Central Africa, seit 09/2014
- MISCA
African-led International Support Mission
to the Central African Republic, 10/2013 – 09/2014

Libyen

- AU-Mission in Libya,
seit 02/2020

Darfur

- UNAMID
African Union /
United Nations Hybrid Operation,
10/2007 – 12/2020

Südsudan

- CTSAMVM
IGAD Ceasefire and Transitional
Security Arrangements Monitoring
and Verification Mechanism,
seit 05/2016

Äthiopien

- MVCM
AU Monitoring, Verification and
Compliance Mission, seit 12/2022

Burundi

- AU Observer Mission
07/2015 – 05/2020

Somalia

- AUSSOM
AU Support and Stabilization Mission
in Somalia, seit 01/2025
- ATMIS
AU Transition Mission in Somalia,
04/2022 – 12/2024
- AMISOM
AU Mission in Somalia,
02/2007 – 03/2022

Demokratische Republik Kongo

- SAMI-DRC
Southern African Development Community
Mission, seit 12/2023
- EAC JRF
East African Community Joint Regional
Force, 09/2022 – 12/2023

Zentralafrika

- RTF
AU-led Regional Task Force
the Elimination of the
Lord's Resistance Army,
11/2011 – 09/2018

Mosambik

- SAMIM
SADC Mission, 07/2021 – 07/2024

Personalzahlen

- Weniger als 100
- 100 – 1.000
- Mehr als 1.000

Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass UN-Friedenseinsätze nicht geeignet sind, Frieden zu erzwingen oder Terrorismus zu bekämpfen.

Die Resolution 2719 ließ auch – und zwar ganz bewusst – zahlreiche Fragen im Unklaren, insbesondere in Bezug auf die Details der Zusammenarbeit von UN und AU. In diesem Bereich konnten zwar in den vergangenen Monaten einige Fortschritte erzielt werden. Dennoch hat die erste Mission, die im Rahmen von Resolution 2719 finanziert werden sollte, AUSSOM, am 1. Januar 2025 ATMIS in Somalia nur dem Namen nach abgelöst. Bis Mitte Januar 2025 sind sowohl die Finanzierung der Gehälter als auch die Zahl der Truppensteller immer noch ungeklärt.

Die verbleibenden Fragen müssen dringend beantwortet werden. Erstens sollten die Vereinten Nationen, die AU und potenzielle Geber erörtern, wie die Finanzierungslücke von 25% für die AU-PSOs gedeckt werden kann. Zweitens müssen die Vereinten Nationen und die AU zusammen Planungsrichtlinien und Modalitäten für die gemeinsame Entscheidungsfindung entwickeln und insbesondere klären, wie weit die Aufsicht der Vereinten Nationen über die AU-PSOs gehen soll. Drittens müssen verschiedene AU-Abteilungen sowohl in ihrer Größe als auch in ihren Kapazitäten gestärkt werden, um ihren neuen, erweiterten Aufgaben gerecht werden zu können. Viertens sollten die Vereinten Nationen darüber nachdenken, wie sie einige ihrer Regeln und Vorschriften in Bezug auf Beschaffung und Kostenerstattung an die Anforderungen der AU-PSOs anpassen können. Schlussendlich bleibt die übergeordnete Frage offen, ob all dies tatsächlich zu besseren Ergebnissen für die unter Konflikten leidende Bevölkerung führen wird.

3. FÜNF CHANCEN FÜR FRIEDENSEINSÄTZE

Chance

1

Modulare Ansätze – Überdenken der Modelle für Friedenseinsätze

Herausforderungen, wie das brüchige Vertrauen in und die vermeintlich fehlende Wirksamkeit von Friedenseinsätzen und der finanzielle Druck haben ein Nachdenken zur Umgestaltung von Friedenseinsätzen ausgelöst. Vorrangig geht es darum, diese flexibler, agiler und anpassungsfähiger zu machen – mit Blick auf den konkreten lokalen Kontext und auf eine sich entwickelnde Konfliktdynamik. So müssen

Friedenseinsätze – in Abstimmung mit ihren Partnern – kontextspezifisch und konfliktsensibel gestaltet werden. Das gilt auch für ihre Ausrichtung auf strategischer Ebene.

Das UN-System verfügt über einen einzigartigen und vielfältigen Werkzeugkasten.

Angesichts komplexer Konfliktsituationen ist offenkundig, dass keine Organisation und kein Akteur allein den Anforderungen des globalen Krisenmanagements in vollem Umfang gerecht werden kann. Das UN-System hingegen verfügt über einen einzigartigen und vielseitigen Werkzeugkasten. Um dessen Potenzial voll ausschöpfen zu können, müssen die einzelnen Instrumente entsprechend ihren jeweiligen komparativen Stärken eingesetzt werden. Nur so wird man Fragen zu ihrer Glaubwürdigkeit, Legitimität und Wirksamkeit begegnen können.

Nach dem Prinzip *forms follows function* schlagen Expert:innen aktuell „modulare“ Konzepte vor, bestehend aus einer Reihe von Bausteinen, die je nach den Erfordernissen eines bestimmten politischen und Konfliktkontextes zusammengestellt werden können.⁷ Demnach kann es – abhängig vom Ziel und Umfang einer Intervention – weiterhin Friedenseinsätze geben, die eine Bandbreite an Mandatsaufgaben durch ziviles, polizeiliches und militärisches Einsatzpersonal abdecken. Die entscheidende Neuerung wäre ein arbeitsteiliges Vorgehen, bei dem verschiedene Akteure aus dem UN-System, andere internationale und regionale Organisationen oder nationale Partner Verantwortung für Teile des Mandats übernehmen. Dies setzt voraus, dass das Kernziel einer Mandatsaufgabe so spezifiziert wird, dass sich leichter zuordnen lässt, welcher Akteur einen komparativen Vorteil bei der Umsetzung mitbringt.

Gleichzeitig erfordern Friedenseinsätze als logistisch komplexe und höchst politische Vorhaben eine gewisse Standardisierung, z.B. klar definierte Organisationsstrukturen, Ansätze und Abläufe, aber auch standardisierte Personal- und Ausrüstungsbeiträge von truppen- und polizeistellenden Mitgliedstaaten. Modulare Ansätze beschreiben einen Zwischenweg, in dem sich der Bedarf an Flexibilität und gut definierte Prozesse und Bausteine die Waage halten. Damit wollen diese neuen Ansätze die Möglichkeit bieten, die volle Bandbreite ziviler Kapazitäten und Expertise im ganzen UN-System und bei dessen Partnern zu integrieren, wie der UN-Generalsekretär zuletzt in seiner *New Agenda for Peace* erneut anregte.

Dabei bleibt zentral, dass Friedenseinsätze und potenzielle beitragende Partner strategisch kohärent agieren und einem übergeordneten politischen Ziel folgen. Das Mandat, das der Sicherheitsrat einem Friedenseinsatz erteilt, sollte daher weiterhin den strategischen Rahmen für die jeweilige Konfiguration bilden.

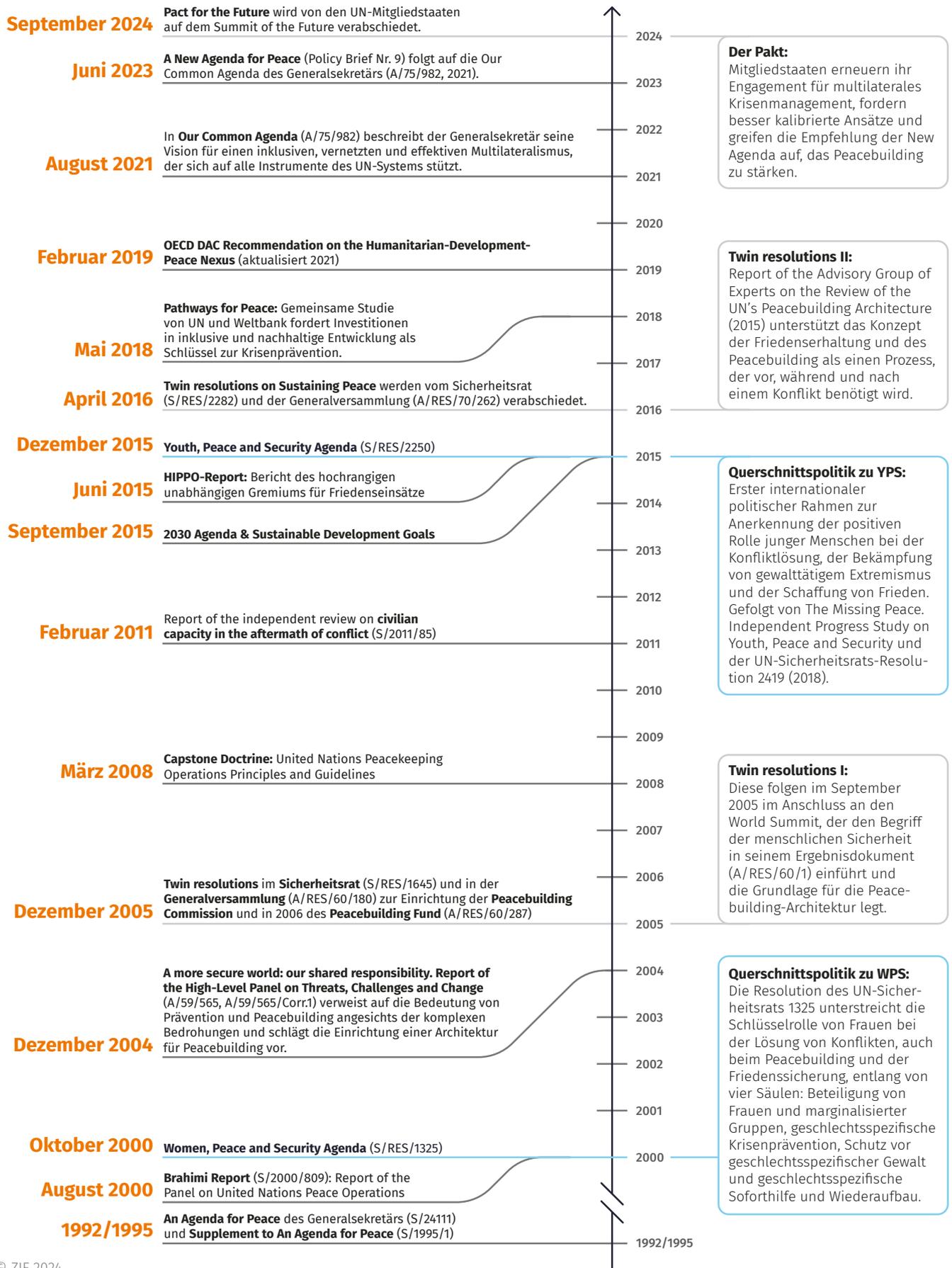
→ Erfolgsfaktoren

Modulare Ansätze fordern von Mitgliedstaaten den Willen, **politische Unterstützung** zu leisten, finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen, diese Beiträge aber in verschiedenen Konstellationen und Konfliktsituationen flexibler einzusetzen. Darüber hinaus bedarf es **Fortschritte bei der institutionellen Integration**: Um „Pfadabhängigkeiten“ zu vermeiden, müssen Planungsprozesse im UN-System angepasst und strukturelle Veränderungen vorgenommen werden, die den flexiblen Einsatz von Ressourcen in verschiedenen Kontexten ermöglichen.

Eine **realistische Einschätzung komparativer Vorteile** ist ein wesentlicher Schritt, um neue Anreize zur Zusammenarbeit zu schaffen. Derzeit verleiten bestehende Anreize Akteure dazu, ihre Aktivitäten auszuweiten, um so eine breite und dauerhafte Finanzierung sicherzustellen, was wiederum zu konkurrierenden Kapazitäten führt. Schwer greifbar, aber zentral ist die Rolle der Führungsebene: Sie muss vorangehen und durch eine **veränderte Denkweise** die Integration innerhalb des UN-Systems strategisch vorantreiben. Damit ein modularer Friedenseinsatz mandatiert werden kann, bedarf es letztendlich auch einen **Sicherheitsrat**, der Innovation ermöglicht und nachhaltige politische Unterstützung sichert.

⁷ Wie in der unabhängigen Studie von El-Ghassim Wane, Paul D. Williams und Ai Kihara-Hunt zu *The Future of Peacekeeping, New Models, and Related Capabilities* (Oktober 2024) oder im Bericht von Eugene Chen zu *A New Vision for Peace Operations* (Oktober 2024) dargelegt.

Drei Jahrzehnte Politikentwicklung im Peacebuilding



Peacebuilding – Verknüpfung von Friedenseinsätzen mit einer übergreifenden Agenda

Chance

2

Der Begriff *post-conflict peacebuilding* wurde erstmals 1992 in der *Agenda for Peace* des damaligen UN-Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali definiert als „*action to identify and support structures which will tend to strengthen and solidify peace in order to avoid a relapse into conflict*“. Seitdem hat sich das Verständnis von Peacebuilding erweitert und umfasst nun den gesamten Konfliktzyklus von der Prävention bis zur Postkonfliktphase. Die Integration von Aufgaben des Peacebuilding in die Mandate von Friedenseinsätzen seit Anfang der 1990er Jahre – und damit die Ausweitung ihrer Zuständigkeiten über die eher statische Überwachung von Waffenstillständen und die Einrichtung von Pufferzonen hinaus – war eine der bedeutendsten Anpassungen, die Friedenseinsätze seit ihrer Gründung erfahren haben. Multidimensionale Friedenseinsätze, die Elemente von Peacekeeping und Peacebuilding vereinen – oft unter einem robusten Mandat – wurden zum bevorzugten Modell für die Stabilisierung von fragilen Staaten und die Unterstützung bei der Umsetzung von Friedensabkommen.

Seit den 1990er Jahren haben sich Policy wie auch Praxis zwar erheblich weiterentwickelt. Dennoch muss die stärkere Verknüpfung von Friedenseinsätzen mit einer breit gefassten Peacebuilding-Agenda weiter vorangetrieben werden. Sowohl die *New Agenda for Peace* des Generalsekretärs als auch der *Pact for the Future* schlagen hierzu konkrete Maßnahmen vor.

Peacebuilding als Aufgabe ist zu unterscheiden von den institutionellen Strukturen, die zu ihrer Förderung und Umsetzung im UN-System eingerichtet wurden. Die 2005-2006 geschaffene *Peacebuilding Architecture* der UN besteht aus der *Peacebuilding Commission* – einem politischen Gremium der Mitgliedstaaten, dem Finanzierungsinstrument *Peacebuilding Fund* (PBF) und einem Sekretariat – dem *Peacebuilding Support Office* (PBSO). Im *Pact for the Future* wird die PBC als Rahmen für ein geeintes und kohärentes Vorgehen beim Peacebuilding sowie für die Mobilisierung der erforderlichen Finanzmittel hervorgehoben.

Mit der bevorstehenden Überprüfung der *Peacebuilding Architecture* im Rahmen der 2025 *Peacebuilding Architecture Review* bietet sich eine echte Chance, Struktur-reformen voranzutreiben, die die politische und beratende Rolle der PBC, insbesondere gegenüber dem Sicherheitsrat, sowie ihre Koordinierungsfunktion stärken würden. Die *Peacebuilding Architecture Review* ist auch eine Gelegenheit, das Verständnis von Peacebuilding als übergreifende Querschnittsaufgabe im UN-System zu verankern.

In der *New Agenda* wird der Sicherheitsrat dazu aufgefordert, den Rat der PBC zu den Schnittstellen zwischen den Mandaten von Friedenseinsätzen und Aufgaben im Bereich des Peacebuilding einzuholen. In Zeiten, in denen der Sicherheitsrat bestenfalls abgelenkt ist, kann die PBC für mehr politische Aufmerksamkeit, nachhaltiges Engagement und verlässliche Finanzierung von Maßnahmen eintreten. Dies kann besonders wichtig sein, wenn Friedenseinsätze beendet werden und Konfliktgebiete Gefahr laufen, aus dem globalen Blickfeld zu geraten. Darüber hinaus kann die PBC Querschnittsthemen und säulenübergreifende Fragen aufnehmen und diskutieren und eine Brücke zwischen friedens- und entwicklungspolitischen Vorhaben schlagen. Indem sie auf politischer und operativer Ebene hier eine engere Verzahnung fördert, kann sie auch dazu beitragen, Nachhaltigkeit und die Erfolge eines Friedenseinsatzes zu sichern. Ein wesentlicher Bestandteil der Reformen wäre

Das Potenzial einer engen Verknüpfung von Friedenseinsätzen mit einer breit gefassten Peacebuilding-Agenda muss erst noch voll ausgeschöpft werden.

Die *Peacebuilding Architecture Review* ist eine unmittelbare Gelegenheit, strukturelle Reformen voranzutreiben, die die politische und beratende Rolle der Peacebuilding Commission stärken, ebenso wie ihre Koordinierungsfunktion.

eine stärkere Abstimmung zwischen politischen und finanziellen Instrumenten, die regionale Organisationen und internationale Finanzinstitutionen einbindet, um Ressourcen für Peacebuilding effektiv zu mobilisieren und einzusetzen.

→ Erfolgsfaktoren

Die Kontinuität von Peacebuilding-Programmen muss durch eine **vorhersehbare und flexible Finanzierung** erleichtert werden. Dass die Generalversammlung im Dezember 2023 beschloss, dem PBF zunächst 50 Millionen US-Dollar für 2025 aus UN-Pflichtbeiträgen bereitzustellen (A/RES/78/257), ist ein willkommener Schritt nach vorn. Die Tatsache, dass der PBF für den Zeitraum 2020-2024 Investitionen von 1,5 Mrd. USD plante, macht deutlich, dass dies zwar eine bemerkenswerte Neuerung, aber zunächst ein bescheidener Betrag ist. Erhebliche Mittel für Peacebuilding in Krisen-, Transitions- und Postkonfliktkontexten werden auch aus anderen Quellen kommen müssen.

Ein wesentlicher Bestandteil der Reformen wäre eine stärkere Abstimmung zwischen politischen und finanziellen Instrumenten, um Ressourcen für Peacebuilding effektiv zu mobilisieren und einzusetzen.

Peacebuilding muss zudem stärker mit dem **Schutz von Zivilpersonen** verknüpft werden. Zwar können Instrumente des Peacebuilding keinen direkten physischen Schutz bereitstellen. Sie haben jedoch eine wichtige Rolle beim Aufbau von Institutionen und Mechanismen zum Schutz der Zivilbevölkerung auf nationaler wie lokaler Ebene. Dieser Aufbau erfordert ein langfristiges Engagement, das in der Regel die Dauer eines Friedenseinsatzes überschreitet.

All dies wird nicht möglich sein ohne ein **Umdenken auf globaler Ebene**, innerhalb der Vereinten Nationen und unter den Mitgliedstaaten, einschließlich der Gast- und Geberländer: Peacebuilding sollte als eine kollektive Verantwortung verstanden werden, die das gesamte UN-System und seine Mitgliedstaaten umfasst – und die letztlich die Welt für alle sicherer machen kann.

Verankerung des Friedens auf lokaler Ebene

Friedenseinsätze waren traditionell staatsorientiert und haben häufig nicht hinreichend Aufmerksamkeit gerichtet auf – und Raum gelassen für – lokale Akteure, deren *ownership* und Selbstorganisation. Und dies, obwohl die Rolle lokaler Akteure immer wieder im Mittelpunkt politischer und konzeptioneller Debatten stand, in denen häufig *local ownership* sowie lokal verankerte und lokal geführte Ansätze gefordert wurden.

Lokalisierte Ansätze haben sich als äußerst wirksam erwiesen, auch in akuten Krisen, in denen lokale Akteure meist die unmittelbaren Krisenhelfer sind. Ein herausragendes Beispiel dafür sind die so genannten *emergency response rooms* in Sudan. Diese lokalen Initiativen, ursprünglich aus der Zeit der Revolution, leisten seit Beginn des Krieges im April 2023 dezentral humanitäre Hilfe, stärken Resilienz und sozialen Zusammenhalt. Auch in Gebieten mit aktiven Kampfhandlungen, zu denen internationale Akteure oft keinen Zugang haben, stellen sie über Suppenküchen Mahlzeiten bereit, nehmen Vertriebene auf und unterstützen Opfer konfliktbedingter sexueller Gewalt.

In verschiedensten UN-Reformprozessen und Schlüsseldokumenten zu Friedenseinsätzen und Peacebuilding wird hervorgehoben, dass lokale Akteure im Mittelpunkt von Bemühungen zu Prävention, Konfliktbeilegung und Friedenskonsolidie-

Chance

3

Lokalisierte Ansätze haben sich als extrem effektiv erwiesen, auch in akuten Krisen, in denen lokale Akteure meist die unmittelbaren Krisenhelfer sind.

rung stehen müssen.⁸ Auch die Lokalisierungsdebatten im humanitären und im Entwicklungsbereich⁹, insbesondere die Lokalisierungsverpflichtungen im *Grand Bargain* des Weltgipfels für humanitäre Hilfe von 2016, haben Peacebuilding-Policy beeinflusst, ebenso wie die konzeptionellen Debatten um den Humanitarian-Development-Peace-Nexus¹⁰. All diese Entwicklungen beruhen weitgehend auf denselben zentralen Erkenntnissen:

- lokale Akteure haben ein tieferes Verständnis davon, was die Bevölkerung in ihrem Umfeld benötigt und haben oft auch den erforderlichen Zugang;
- der für einen nachhaltigen Frieden notwendige soziale Zusammenhalt muss auf lokaler Ebene fest verankert sein;
- lokale Akteure wurden zu lange in erster Linie als „Hilfsempfänger“ gesehen, was wiederum ihre Handlungsfähigkeit untergraben hat.

Lokalisierung erfordert daher die Verlagerung von Entscheidungsbefugnis, Handlungsfähigkeit, Finanzierung und Verantwortung auf lokale Akteure. Trotz der Aussicht auf mehr Effizienz, Wirkung und Nachhaltigkeit ist die Lokalisierung nur teilweise in die Praxis umgesetzt worden.

→ Erfolgsfaktoren

Multilaterale Bemühungen zur Schaffung und Aufrechterhaltung des Friedens müssen **sich stärker auf die lokale Ebene konzentrieren, dort präsent sein und operativ tätig werden**. Zum Teil ist dies in der Tat eine Frage der physischen Präsenz. Multilaterale Programme sind in den Regionen und auf subnationaler Ebene oft schmal aufgestellt – ein Problem, das sich während Transitionen, wenn ein Friedenseinsatz ausläuft, häufig noch verschärft. Dadurch wird es schwieriger, die Stärkung staatlicher Institutionen und Strukturen zu verzahnen mit einem starken Engagement auf lokaler Ebene, das sich auf den sozialen Zusammenhalt, das friedliche Zusammenleben und Governance auf lokaler Ebene konzentriert und die lokalen Kapazitäten aufbaut, die dort für Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung erforderlich sind. Eine unzureichende Präsenz auf lokaler Ebene erschwert auch die Prävention lokalisierter Konflikte, die in vielen Einsatzgebieten eine der Hauptursachen für wiederkehrende Gewaltzyklen, Vertreibung und konfliktbedingte Todesfälle sind.

Die Verschiebung von Handlungsspielräumen, Entscheidungsbefugnissen und Finanzmitteln erfordert eine **grundlegend neue Partnerschaft zwischen internationalen und lokalen Akteuren**, in der letztere als Akteure und nicht als „Begünstigte“ betrachtet werden. Wie lokale Peacebuilding-Akteure unterstützt werden können, auch in Situationen, in denen Machthaber deren Arbeit ablehnen (z. B. nach einem Staatsstreich), ist eine der Schlüsselfragen bei der Förderung lokalisierter Ansätze und der ihr zugrundeliegenden Partnerschaften.

Eine neue Art der Partnerschaft muss durch **Veränderungen in multilateralen und nationalen Strukturen und Prozessen** untermauert werden, damit diese eine lokal verankerte Planung und Umsetzung von Programmen sowie direkte Partnerschaften mit lokalen Peacebuilding-Akteuren und Netzwerken ermöglichen. Internationale Fachkräfte in Friedenseinsätzen und Sonderagenturen müssen befähigt werden, lokales Fachwissen frühzeitig in Planungsprozesse einzubeziehen und lokal verankerte, dezentrale Ansätze zu priorisieren.

Ein zentraler Bestandteil von Lokalisierung ist die direkte Finanzierung von Akteuren und Initiativen, die auf lokaler Ebene verankert und dort wirksam sind. Die derzeitigen Finanzierungsmechanismen müssen flexibler werden, damit mehr Mittel

Ein zentraler Bestandteil von Lokalisierung ist die direkte Finanzierung lokaler Akteure und Initiativen.

8 Siehe z. B. die 2008 UN-Peacekeeping-Doktrin *United Nations Peacekeeping Operations: Principles and Guidelines*; den 2015 *Report of the High-level Independent Panel on Peace*; den 2018 *Report of the Secretary-General: Peacebuilding and Sustaining Peace*; die 2020 *PBSO UN Community Engagement Guidelines on Peacebuilding and Sustaining Peace* oder die 2022 *PBSO Thematic Review on Local Peacebuilding*.

9 Eine umfassende Analyse und Übersicht finden sich in Thania Paffenholz, Philip Poppelreuter, Nicholas Ross; *Toward a Third Local Turn: Identifying and Addressing Obstacles to Localization in Peacebuilding*. *Negotiation Journal* 2023; 39 (4): 349–375.

10 Die 2019 *DAC Recommendation on the Humanitarian-Development-Peace Nexus* enthält Leitlinien zur Lokalisierung. Die Umsetzung durch UN-Entitäten und DAC-Mitglieder wird regelmäßig ausgewertet.

lokal eingesetzt werden können, wie z. B. zur Finanzierung von Netzwerken wie den *emergency response rooms* im Sudan. Dies lässt sich jedoch nicht ohne Weiteres mit den Anforderungen an die Rechenschaftspflicht für internationale Gelder vereinbaren, die für lokale Organisationen mit einem niedrigen Grad an Institutionalisierung – ob in der humanitären Hilfe, im Peacebuilding oder in der Entwicklungszusammenarbeit – oft schwer zu erreichen sind. Um dieses Muster zu durchbrechen, bedarf es einer kollektiven Risikobereitschaft und offener Gespräche zwischen Friedenseinsätzen, den UN-Sonderorganisationen sowie der Gebergemeinschaft.

Chance

4

Klimawandel erhöht die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, indem er die Ernährungssicherheit und menschliche Sicherheit schwächt und den Wettbewerb um natürliche Ressourcen erhöht.

Klima und Frieden – eine gemeinsame Basis finden

Der Klimawandel ist nie die alleinige Ursache von Konflikten, wirkt sich aber eindeutig auf die Konfliktodynamik aus. Er erhöht die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, indem er die Ernährungssicherheit und menschliche Sicherheit schwächt und den Wettbewerb um natürliche Ressourcen erhöht. In den von Konflikten betroffenen Regionen verschärfen Klimaschocks das Ausmaß der Gewalt. Die Zahl der Länder, die mit extremen klimabedingten Schocks konfrontiert sind, wird den Prognosen zufolge erheblich steigen: von 3 auf 65 in den nächsten fünfzehn Jahren, insbesondere in Nord- und Südamerika, West- und Zentralafrika sowie Südostasien.

Seit mehr als einem Jahrzehnt befassen sich die Vereinten Nationen mit Klima- und Umweltsicherheit im Rahmen von Friedenseinsätzen und Krisenmanagement. Von *Greening the Blue Helmets* über einen Klimasicherheitsmechanismus bis hin zum Einsatz von Klimaberater:innen in UN-Friedenseinsätzen oder Regionalbüros – die Vereinten Nationen haben hier nicht nur eine Vorreiterrolle übernommen, sondern das Thema auch in die Konfliktanalyse, das Wissensmanagement, den Kapazitätsaufbau und die technische Unterstützung vor Ort einbezogen.

In Zeiten, in denen der Multilateralismus unter Druck steht und der UN-Sicherheitsrat tief gespalten ist, kann die bereits bestehende Expertise der UN im Bereich Klimasicherheit eine Chance sein für den Beitrag von Friedenseinsätzen bei der Bewältigung der konfliktbezogenen Dimensionen des Klimawandels.

Ansätze müssen sich von primär reaktiven und reaktionsfähigen hin zu proaktiven und vorausschauenden Initiativen verlagern.

Die Diskussionen auf der COP29 haben gezeigt, dass sich der Schwerpunkt weg von derzeit schwierigen multilateralen Formaten hin zu vertieften regionalen Partnerschaften und einer wachsenden Unterstützung regionaler Organisationen verlagert. Dies spiegelt sich in den Partnerschaften der Vereinten Nationen mit einer Vielzahl regionaler Organisationen im Bereich Klimasicherheit wider, ASEAN, die AU, ECOWAS, die EU, IGAD und die OSZE sowie die Liga der Arabischen Staaten und das Pazifische Inselforum.

Darüber hinaus könnten die *Peacebuilding Commission* und der *Peacebuilding Fund* ihr Engagement ausweiten, etwa indem sie Maßnahmen zur Klimasicherheit z. B. als präventives Instrument unterstützen und finanzieren. Auch bilaterales Engagement ist entscheidend für die Vertrauensbildung, insbesondere angesichts der derzeitigen geopolitischen Rivalitäten. Ein herausragendes Beispiel für eine solche Zusammenarbeit – ohne diplomatische Beziehungen – ist die grenzüberschreitende Wasserkoooperation zwischen der Türkei und Armenien.

Klima- und Umweltsicherheitsmaßnahmen können Zugang für ökologisches Peacebuilding¹¹ auf lokaler Ebene schaffen, wie Beispiele aus Südsudan, Afghanistan oder Somalia zeigen. So setzt die UN-Mission in Somalia (UNSOM, seit November 2024

¹¹ Der Kerngedanke des ökologischen *Peacebuilding* ist, dass Umweltprobleme, Ressourcenknappheit und die Auswirkungen des Klimawandels als Plattform für den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten genutzt werden können.

Elemente zur Bewertung der Klimasicherheit



© adelphi, adaptiert von ZIF

UNTMIS) seit mehr als vier Jahren einen lokalen Ansatz zur Klima- und Umweltsicherheit um. Dazu gehört u. a., dass Bevölkerungsgruppen, die in der Vergangenheit miteinander in Konflikt oder gewaltsamem Wettbewerb standen, zusammengebracht werden, um sich auf die gemeinsame Nutzung natürlicher Ressourcen zu einigen.

Es wird erwartet, dass die klimabedingten Sicherheitsrisiken in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erheblich zunehmen werden. Um die gravierendsten Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft abzumildern, müssen Gegenmaßnahmen sich von primär reaktiven Ansätzen hin zu proaktiven und vorausschauenden Initiativen verlagern, die den Schwerpunkt auf Prävention, Stärkung der Widerstandsfähigkeit und breitere Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung legen. Überlegungen zur Klimasicherheit müssen in relevante strategische und politische Rahmenpläne integriert werden, wie nationale Präventionspläne, Aktionspläne zum Klimawandel, Friedensstrategien, Stabilisierungspläne und sektorale Politiken in Bereichen wie Wasser, Lebensunterhalt, Landwirtschaft und Energie.

→ Erfolgsfaktoren

Um dies zu erreichen, sollten Friedenseinsätze und ihre Partner die Analyse, Forschung und Datenerfassung verbessern, um mehr **lokaliserte und kontextbezogene Einblicke** in die Art und Weise zu geben, wie sich klimabedingte Sicherheitsrisiken konkret entfalten und wie ihnen begegnet werden kann. Klimasicherheitsmaßnahmen sollten auch das Potenzial einer **technikaffinen jüngeren Generation** nutzen, um Innovation und Entwicklung voranzutreiben.

Um das Potenzial von Klimasicherheitsansätzen auszuschöpfen und eine wirksame Umsetzung vor Ort zu gewährleisten, ist eine intensive Zusammenarbeit mit der **Zivilgesellschaft** erforderlich. Dies beinhaltet die Nutzung lokaler Netzwerke und die Verwendung ihres Wissens und ihrer analytischen Expertise, um **wirkungsvolle Partnerschaften** zu bilden, die sich mit Klimasicherheitsrisiken befassen.

Chance

5

KI und Technologie – neue Technologien für den Frieden nutzbar machen

Die Vereinten Nationen stehen vor der Chance, Friedenseinsätze durch neue Technologien neu zu gestalten. KI-Fernerkundung, Blockchain, Quanten- und andere Zukunftstechnologien versprechen Fortschritte bei der Überwachung von Waffenstillständen, können Frühwarnungen verbessern, inklusiven Dialog ermöglichen und Friedensbemühungen stärken. In seiner ehrgeizigen UN 2.0-Agenda argumentierte der UN-Generalsekretär, dass die Vereinten Nationen nicht nur auf den technologischen Fortschritt reagieren, sondern Innovation, Datenanalyse, strategische Vorausschau und Verhaltenswissenschaft proaktiv in ihr Grundgerüst einbinden sollten.

Im Jahr 2021 hat das *UN Department of Peace Operations* (DPO) die *Strategy for the Digital Transformation of UN Peacekeeping* vorgestellt, die darauf abzielt durch digitale Instrumente die Mandatsumsetzung zu verbessern und die Sicherheit der Friedenstruppen zu erhöhen. Sie legt den Schwerpunkt darauf, Innovationen zu fördern, den Einsatz aktueller und neuer Technologien zu optimieren, Risiken besser zu verstehen sowie den verantwortungsvollen Einsatz digitaler Instrumente zu gewährleisten. Gleichzeitig führt das *UN Department of Political and Peacebuilding Affairs* (DPPA) Initiativen an, die KI und Datenanalyse nutzen, um die Konfliktprävention und -lösung voranzutreiben und effektivere Strategien des Peacebuilding zu entwickeln.

Ein umfassender Einsatz von KI und anderen Spitzentechnologien könnte die Vereinten Nationen in die Lage versetzen, eine widerstandsfähigere Infrastruktur für Friedenseinsätze aufzubauen – eine Infrastruktur, die nicht nur Zivilist:innen und Peacekeeper besser schützt, sondern auch zu einem nachhaltigen Frieden beiträgt, indem sie sicherstellt, dass Friedenseinsätze wirksam bleiben und in der Lage sind, die dynamischen Herausforderungen in globalen Krisen zu bewältigen.

Neue Technologien können die operative Sicherheit von UN-Friedenseinsätzen verbessern. KI-gestützte Systeme können etwa die Verteidigung von UN-Stützpunkten stärken, indem sie Bedrohungen in Echtzeit erkennen, verdächtige Aktivitäten identifizieren und Muster analysieren, um potenzielle Risiken vorherzusagen. Durch die Integration dieser Technologien können Friedenseinsätze proaktiv auf sich entwickelnde Bedrohungen reagieren und mehr Sicherheit für das Personal in risikoreichen Umgebungen gewährleisten.

Ein umfassender Einsatz von KI und anderen Spitzentechnologien könnte zum Aufbau einer widerstandsfähigeren Infrastruktur für Friedenseinsätze beitragen.

Der Einsatz von Technologie im Bereich der Informationsintegrität und der strategischen Kommunikation kann dazu beitragen, Desinformationen aufzudecken und zu bekämpfen. KI-Anwendungen können genutzt werden, um das Informationsumfeld zu überwachen, die Verbreitung von Desinformationen zu analysieren und Schwachstellen in den Kommunikationsstrategien der UN zu identifizieren. Diese Instrumente können auch die Entwicklung, Ausrichtung und Verbreitung wirksamer Kommunikationskampagnen unterstützen. Darüber hinaus verbessern KI-gesteuerte fact-checking Systeme die Genauigkeit und Wirkung der UN-Narrative und stärken die Rolle von Friedenseinsätzen als vertrauenswürdiger Akteur.

→ Erfolgsfaktoren

Um diese Möglichkeiten in vollem Umfang nutzen zu können, müssen die Vereinten Nationen weiterhin **soliden Datenmanagementprozessen und -strukturen** Priorität einräumen. Dazu gehört das Sammeln und Analysieren von Daten und deren enge Verknüpfung mit Planungs- und Entscheidungsprozessen. Die Standardisierung der Datenerfassung, -analyse und des Informationsmanagements in allen Friedenseinsätzen ist ebenso zentral wie **qualifiziertes Personal** und die systematische Nutzung von Daten als Grundlage für Strategien und Operationen.

KI-gesteuerte fact-checking Systeme verbessern die Genauigkeit und Wirkung der UN-Narrative und stärken die Rolle von Friedenseinsätzen als vertrauenswürdiger Akteur.

Öffentlich-private Partnerschaften und die **Zusammenarbeit mit akademischen Einrichtungen** sind von entscheidender Bedeutung: Sie überbrücken Ressourcenlücken und stellen sicher, dass die UN mit dem technologischen Fortschritt Schritt halten und Innovationen fördern kann, während sie gleichzeitig Grundsätze der Transparenz und Rechenschaftspflicht aufrechterhält.

Während strategische Rahmenwerke wie die UN 2.0-Agenda den Willen zur Nutzung von Innovationen demonstrieren, werden Fortschritte durch institutionellen Widerstand gegen Veränderungen, überholte Praktiken und grundlegende Herausforderungen wie das Fehlen geeigneter Systeme zur Speicherung und zum Austausch von Informationen behindert. Die **Beseitigung dieser Hindernisse** ist entscheidend, um das transformative Potenzial von KI und anderen Zukunftstechnologien voll auszuschöpfen und sicherzustellen, dass Friedenseinsätze für sich wandelnde Herausforderungen gerüstet sind.

4. AUSBLICK FÜR 2025

Mit Blick auf das Jahr 2025 ist davon auszugehen, dass die beschriebenen Trends fortbestehen oder sich noch verstärken werden. Das Weltgeschehen entwickelt sich weiterhin rasant. Der Zusammenbruch der 53-jährigen Herrschaft der Assad-Familie in Syrien, im Laufe nur einer Woche im Dezember 2024, ist nur ein Beispiel dafür. Einige haben die Vereinten Nationen bereits als zentralen Akteur bei der Unterstützung eines stabilen und friedlichen Übergangs in Syrien benannt und die Planung eines entsprechenden Friedenseinsatzes gefordert.

Diese Studie beschreibt eine Reihe zunehmender Diskrepanzen: mehr Konflikte, weniger Friedensabkommen; mehr Angriffe auf Zivilist:innen, weniger Rechenschaftspflicht für die Täter:innen; größerer humanitärer Bedarf, weniger Mittel. Unabhängig von der Durchführbarkeit eines UN-Friedenseinsatzes in dem konkreten Fall Syrien betrachten viele – darunter UN-Mitgliedstaaten, Praktiker:innen und Zivilgesellschaft – das multilaterale Krisenmanagement und insbesondere UN-Einsätze als einen möglichen Weg zur Überwindung dieser Diskrepanzen. Die Vereinten Nationen werden auch im Jahr 2025 gefordert sein, sich mit zahlreichen globalen Risiken zu befassen. Krisen und bewaffnete Konflikte, ob in der Ukraine, in Sudan, im Nahen Osten oder anderswo, stehen auf ihrer Tagesordnung ganz oben. Das nächste Jahrzehnt des multilateralen Krisenmanagements wird daher zweifellos einen vielseitigen und gut bestückten Werkzeugkasten erfordern.

Das nächste Jahrzehnt des multilateralen Krisenmanagements wird daher zweifellos einen vielseitigen und gut bestückten Werkzeugkasten erfordern.

Multilaterale Maßnahmen zur Krisenbewältigung – Friedenseinsätze eingeschlossen – sind nachweislich in der Lage, zur Stabilisierung von Krisenländern beizutragen. Sie sind zentrale, sicherheitspolitische Instrumente, keine milde Gabe. Es geht letztlich darum, Sicherheit zu gewährleisten für Millionen von Menschen, gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schützen und regionale Stabilität zu erhalten. Davon profitieren nicht nur die Gastländer und ihre Nachbarn, sondern die gesamte internationale Gemeinschaft. Damit der multilaterale Werkzeugkasten in sich rasch ändernden Konfliktlagen wirksam bleibt, müssen laufend Anpassungen an die wachsenden Herausforderungen erfolgen. Zur Stärkung eines zentralen multilateralen Instruments, der UN-Friedenseinsätze, haben wir hier fünf Chancen sowie konkrete Maßnahmen identifiziert.

Erst kürzlich haben sich die UN-Mitgliedstaaten im *Pact for the Future* erneut zum Grundsatz des Multilateralismus und des multilateralen Krisenmanagements bekannt. Jetzt ist es an der Zeit, diese Zusagen einzulösen und damit auch das Versprechen der UN-Charta: „*unite our strength to maintain international peace and security*“.

www.zif-berlin.org